

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Debatte zur Theater- und Orchesterförderung

Zwar datierte der Antrag der SPD-Fraktion bereits aus dem November letzten Jahres, in der Zwischenzeit hatte er aber erkennbar nichts von seiner Aktualität eingebüßt, wie die hitzige Debatte zu diesem Antrag zeigte.

Die SPD-Fraktion forderte darin die Landesregierung auf, über ihr weiteres Vorgehen in der Theater- und Orchesterförderung zu berichten. Zusätzliche Kontroversen löste der von der Fraktion der Linkspartei.PDS eingebrachte Entschließungsantrag zur Entlassung des Thüringer Kultusministers, Prof. Dr. Jens Goebel, aus.

Ministerpräsident Dieter Althaus verteidigte die geplante Umstrukturierung in der Kulturförderung. Das Verhältnis der Förderung von Hoch- und Breitenkultur müsse zu einem gerechteren Ausgleich gebracht werden.

Ähnlich äußerte sich auch Christian Carius (CDU) in der Debatte. Die finanziellen Spiel-

räume des Freistaates seien für Zuwächse im Kulturbereich zu eng.

Der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Hans-Jürgen Döring, forderte dagegen ein klares Gesamtkonzept und nannte die Kürzungspläne der Landesregierung einen „finanzpolitisch motivierten Kahlschlag“.

Dr. Birgit Klaubert, in der Fraktion Linkspartei.PDS für die Kulturpolitik zuständig, meinte hingegen, der Landesregierung ginge es nicht allein um eine Kürzung der Kulturförderung, sondern um einen Einschnitt in die Strukturen der Thüringer Kulturlandschaft. Sie bezweifelte, dass diese Pläne überhaupt nennenswerte Einsparungen brächten.

Der Entschließungsantrag der Linkspartei.PDS, dem Kultusminister die Missbilligung auszusprechen und die Aufforderung zu seiner Entlassung wurde mit 45 von 86 abgegebenen Stimmen abgelehnt.

Blindengeldgesetz im Plenum

Mit dem Ziel der Wiedereinführung des einkommens- und vermögensunabhängigen Blindengeldes in Höhe von 320 Euro haben die Fraktionen von Linkspartei.PDS und SPD einen gemeinsamen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Die Fraktion der CDU stimmte der Überweisung des Gesetzentwurfes in die Ausschüsse für Soziales und Justiz zu. Hintergrund ist die Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes, nach der Blinde mit Beginn des vergangenen Jahres bis zum 27. Lebensjahr ein bedingungsloses Blindengeld von 300 Euro erhalten. Über dieses Alter hinaus wird eine nach dem Sozialhilfegesetz geregelte Blindenhilfe gezahlt, die Bedürftigkeit voraussetzt.

Straßenausbaubei- traßenbau beraten

Am 25. Januar wurde im Landtag über einen Gesetzentwurf der Linkspartei.PDS zu den Straßenausbaubeitragsatzungen abgestimmt. Ziel der Fraktion war es, diejenigen Gemeinden, die entgegen des Urteils des Thüringer Oberverwaltungsgerichtes (OVG) vom 30. Mai 2005 noch keine solchen Satzungen erlassen haben, von dieser Pflicht zu befreien. Laut OVG-Urteil jedoch müssen entsprechende Beiträge der Anlieger auch rückwirkend bis 1991 erhoben werden, um den Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit nicht zu verletzen. Eine Überweisung des Entwurfs in den Innenausschuss wurde von CDU- und SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt, da sich beide Fraktionen der Rechtsauffassung des Gerichtes anschlossen.

Orkan „Kyrill“

Auf Antrag aller Fraktionen berichtete die Landesregierung über die Auswirkungen „Kyrills“ in Thüringen. Beschädigte Stromleitungen seien zwar weitgehend repariert, anders sei es aber in den Waldgebieten. Die Räumarbeiten dauerten hier mindestens ein halbes Jahr. Dabei ginge es auch darum, die nun drohende Borkenkäferplage zu verhindern. Das zu räumende Schadholz sei aber dank der hohen Holznachfrage gut absetzbar. Vertreter der Fraktionen von CDU, Linkspartei.PDS und SPD sahen in den Auswirkungen des Sturms einen Anlass für verstärkte Bemühungen im Klimaschutz.

Justizausschuss

Der Justizausschuss befasste sich am 11. Januar mit dem Entwurf eines Staatsvertrages über die Errichtung eines gemeinsamen Mahngerichts für die Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die Landesregierung berichtete dem Ausschuss, dass die bereits in Sachsen-Anhalt vorhandene EDV-Anlage auch durch die Länder Thüringen und Sachsen mit genutzt werden könne. Die Ausschussvorsitzende Marion Walsmann (CDU) teilte mit, dass noch vor der Sommerpause des Landtags über den Staatsvertrag abgestimmt werden soll.

Umweltausschuss

Mitte Januar hat der Umweltausschuss eine auswärtige Sitzung zum geplanten Bau einer Salzpipeline der Firma Kali und Salz AG von Neuhoft nach Philipsthal zur Einleitung in die Werra beschlossen. Da die Länder Hessen und Niedersachsen ebenfalls betroffen sind, soll die auswärtige Sitzung gemeinsam mit den Umweltausschüssen der dortigen Landtage stattfinden.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

informativ, kompakt und aktuell ist der neue Landtagskurier, den Sie hiermit erstmals in veränderter Form in der Hand halten. Künftig erscheinen die Berichte über die Arbeit des Landtags einmal im Monat als Newsletter, den Sie per Post oder per E-mail abonnieren können.

Politik lebt vom Mitmachen - und mitmachen kann nur, wer auch informiert ist. Wir wollen, dass das Interesse der Menschen an Politik in unserem Land gestärkt wird und die Ausgestaltung unserer Demokratie neue Impulse erhält. Auch der Landtagskurier soll hierzu regelmäßig seinen Beitrag leisten. Er informiert Sie über die im Plenum behandelten Themen, hält Sie über die Arbeit der Ausschüsse auf dem Laufenden und berichtet über Ausstellungen und andere Veranstaltungen, die im Thüringer Landtag stattfinden. Außerdem kommen die drei Fraktionen von CDU, Linkspartei.PDS und SPD und die drei Landesbeauftragten in eigenen Beiträgen zu Wort.

Der Landtagskurier ist damit ein weiteres Element im vielfältigen Informationsangebot des Thüringer Landtags. Er richtet sich im gleichen Maß an die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates wie an Journalisten und Vertreter verschiedener Institutionen und Organisationen in Thüringen.

Ich lade Sie herzlich ein, dieses Angebot wahrzunehmen und wünsche allen Leserinnen und Lesern eine interessante und informative Lektüre.

Ihre

Dagmar Schjerve

Ausschüsse

Ernährungsausschuss: Internationale Grüne Woche in Berlin

Bereits zur Tradition geworden ist die auswärtige Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin. Die Ausschussmitglieder haben sich dort über die neuesten Entwicklungen in ihrem Politikbereich informiert und die Aussteller aus dem Freistaat im Rahmen des Thüringer Ländertags besucht.

Auch Landtagspräsidentin, Prof. Dr. Dagmar Schipanski, hatte sich dem Programm des Ausschusses angeschlossen. Sie zeigte sich begeistert von der Vielfalt der präsentierten Produktpalette: „Thüringen ist für Gourmets eine Reise wert.“

In diesem Jahr konnten sich die Ausschussmitglieder auch über die neuen Themenschwerpunkte der Messe wie Bioenergie, nachwachsende Rohstoffe und Holz informieren.

Veranstaltungen

Kunstturm: Kinder erleben Museum



In der Ausstellungsreihe „Kunstturm“, bei der sich die Jugendkunstschulen des Freistaates im Hochhaus des Thüringer Landtags präsentieren, stellen zurzeit junge Kunstschüler aus Mühlhausen ihre Arbeiten aus. „Kinder erleben Museum“ heißt die Ausstellung und soll dem Betrachter eine frische und ungewohnte Sicht auf das „Erlebnis Museum“ vermitteln. Die Ausstellung wird bis zum 12. März im Landtag gezeigt von Montag bis Freitag, 8.00 bis 17.00 Uhr. Der Eintritt ist frei.

„STIP.VISITE IV“ im Landtag

Zusammen mit Kultusminister Prof. Jens Goebel und Bernd Becker von der SV Sparkassen-Versicherung eröffnete Landtagspräsidentin Prof. Dagmar Schipanski die Ausstellung STIP.VISITE IV. Erstmals sind die Arbeiten der Thüringer Kunststipendiaten der Jahre 2005 und 2006 in Erfurt zu sehen. Gezeigt werden Werke von Thomas Knoth, Susanne Schleyer, Katrin Gassmann und Joachim B. Schulze, Stipendiaten des Jahres 2005 sowie von Thomas Wetzels, Christiane Haase, Caroline Hake und Tea Mäkipää, die 2006 gefördert wurden.

Im Rahmen der Ausstellungseröffnung übergab Kultusminister Prof. Jens Goebel auch die Kunststipendien für das laufende Jahr. Die Arbeiten werden noch bis zum 9. März 2007, von Montag bis Freitag, 8.00 bis 17.00 Uhr im Landtag zu sehen sein. Der Eintritt ist frei.

Der 27. Januar 2007: Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Das Eintreten für Demokratie und gegen Rechtsextremismus stand auch in diesem Jahr im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar.



*Gedenkstätte Buchenwald:
Kranzniederlegung von
Ministerpräsident Dieter Althaus,
Bertrand Herz (Präsident des
Internationalen Komitees
Buchenwald-Dora und Kommandos),
Volkhard Knigge (Direktor
Gedenkstätte Buchenwald),
Landtagspräsidentin Prof. Dr.
Dagmar Schipanski (v.l.n.r.).*

CDU

Die CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag

Pressestelle

Tel. 0361 - 377 22 06

Fax 0361 - 377 25 20

www.thl-cdu.de

Gewässerzustand deutlich verbessert

Der Anteil der Gewässer mit einer guten Qualität (Güteklasse II) wurde durch enorme Investitionen in der Abwasserentsorgung in Thüringen von 16 % (1990) auf 73 % deutlich verbessert. Nachdem inzwischen in den großen Gemeinden über 2000 Einwohner eine moderne Abwasserbehandlung erreicht wurde, steht jetzt die Aufgabe, die Schadstoffeinträge in den kleinen Gemeinden zu reduzieren. Hierbei stehen die so genannten Kleinkläranlagen im Fokus. Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Thematik nun im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt behandelt.

Mohring: 2010 ist Haushalt ohne neue Schulden möglich Den Freistaat Thüringen zukunftsfähig machen

„Es führt kein Weg an der Konsolidierung des Haushalts vorbei, weil wir auch noch in 10 bis 15 Jahren den Freistaat Thüringen handlungsfähig und zukunftsfähig gestalten wollen. Deshalb müssen wir uns den Herausforderungen im Kampf gegen die Nettoneuverschuldung und den Rückgang von Einnahmen und die Reduzierung der Ausgaben stellen.“

Dies unterstrich der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Mike Mohring, in der Plenardebatte zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2006 bis 2010. Aus Sicht des CDU-Finanzpolitikers könnte bei aller Disziplin um die Vorbereitung für den Doppelhaushalt 2008/2009 die Nettoneuverschuldung eher abgeschlossen werden, als bisher vorgenommen. Würden die Steuermehreinnahmen 2007 in Höhe von 334 Millionen Euro voll zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden,



Im Bild: CDU-Finanzpolitiker
Mike Mohring

könnte der Haushalt 2007 mit

einer Nettoneuverschuldung von rund 500 Millionen Euro abgeschlossen werden.

Sei eine jährliche Reduzierung der Nettoneuverschuldung von 200 bis 250 Millionen Euro umzusetzen, könnte bereits 2010 ein Haushalt ohne neue Schulden beschlossen werden. Mohring führte aus, dass es dazu nicht einer Änderung der jetzigen Mittelfristigen Planung bedürfe.

„All das, was man sich für die Zukunft vornehmen will und all das, was man für die Zukunft erreichen kann, das wird sich im Doppelhaushalt 2008 und 2009 widerspiegeln“, so der Finanzpolitiker.

Mohring forderte alle Abgeordneten auf, den notwendigen Gesetzesänderungen zuzustimmen, die das Ziel, eine schnelle Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu erreichen, auch umzusetzen ermöglichen.

Diätenreform: Eine Frage des politischen Willens

Als „wirkungsvollen Anstoß für eine weitere Diätenreform-Diskussion“ bewertete Werner Buse, parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, die Anhörung des Justizausschusses zur Änderung des Abgeordnetengesetzes. „Natürlich gibt es Schwierigkeiten und viel Verfassungsrechtliches ist zu bedenken, aber es wurde deutlich, dass mit entsprechendem politischen Willen eine grundlegende Änderung der Entschädigung und Versorgung von Abgeordneten möglich ist. Während Bürger ständig mehr finanziell belastet werden und Kürzungen auch vor Beamten nicht halt machen, können Abgeordnete nicht an ihren Besitzständen festhalten.“ Die Linkspartei.PDS wird in jede Debatte ihre Vorschläge zur steuerlichen Gleichbehandlung, zur Selbstvorsorge fürs Alter, für die Abschaffung der Indexregelung und zur Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften einbringen.

Wenn Politiker nicht hören wollen Zur Zulässigkeit des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik in Thüringen

In einer gemeinsamen Pressekonferenz stellten die Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD das Gutachten des von ihnen beauftragten und



ebenfalls anwesenden, renommierten Düsseldorfer Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Martin Morlok zur Zulässigkeit des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik in Thüringen vor. Bekanntlich hatte die CDU-Landesregierung im November Klage beim Landesverfassungsgericht in Weimar eingereicht,

weil sie im Anliegen des Volksbegehrens einen unzulässigen Eingriff in das Budgetrecht des Landtags sieht. Prof. Morlok betonte, dass eine politische Prioritätensetzung schließlich auch durch das Volk in einem direkt-demokratischen Verfahren vorgenommen werden könne: „Wenn Politiker das nicht hören wollen, spricht das Volk direkt“. Im Übrigen sei es „nicht richtig zu sagen, in Zeiten von Haushaltsknappheit bleibt das Volk außen vor“. Heiße das also, „wenn das Geld ausgegeben ist, bleibt fürs Volk nichts mehr übrig“? Der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS Dieter Hausold hob die „direkte Demokratie als wichtige Ergänzung und unabdingbare Voraussetzung der Stärkung der repräsentativen Demokratie“ hervor. Die direkte Demokratie müsse von der „Fessel Haushaltsvorbehalt“ befreit werden. Das Gutachten sei ein „Plädoyer, eine politische

DIE LINKE.PDS

Die Linkspartei.PDS-Fraktion
im Thüringer Landtag

Pressestelle

Tel. 0361 - 377 22 93

Fax 0361 - 377 23 21

www.linkspar-tei-pds-thl.de

Entscheidung in der Sache zu suchen“, erklärte für die SPD-Fraktion Christoph Matschie. Er hoffe, dass die Landesregierung sich nicht hinter Verfahrensfragen verschanzte. „Weil die direkte politische Mitwirkung der (Steuer-) Bürger sogar in der Verfassung vorgesehen ist, gibt es keinen Grund mehr, die Bürger von finanzwirksamen Entscheidungen auszuschließen“, betonte Prof. Morlok. Im Gegenteil, durch das Fortschreiten der demokratischen Entwicklung habe sich das Pochen des Parlaments auf sein „Königsrecht“ zu einem antidemokratischen Anachronismus entwickelt. Dementsprechend praktizieren Länder mit längerer und intensiverer demokratischer Kultur - wie z.B. die Schweiz - auch Volksabstimmungen zu Finanz- und Steuerfragen.

Landesregierung hat kein Erbarmen mit Blinden Blindengeld ist Nachteilsausgleich und kein Almosen

Nur wenige blinde Menschen in Thüringen bekommen nach der Abschaffung des Blindengeldes durch die CDU-Landesregierung noch eine nennenswerte Unterstützung vom Freistaat. Das will die SPD-Fraktion ändern.

Zusammen mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband stellten die Oppositionsfrakti-



Blinde und sehbehinderte Menschen aus ganz Thüringen protestierten im Oktober 2005 in Erfurt gegen die Abschaffung des Blindengeldes.

onen von SPD und die Linkspartei.PDS einen Gesetzentwurf vor, der den 4900 Blinden und Sehbehinderten in Thüringen wieder zu mehr Geld verhelfen soll. Bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs erinnerte Dagmar Künast, Sprecherin für Behinderte in der SPD-Fraktion, daran, dass Thüringens Ministerpräsident Althaus in seiner Regierungserklärung im September 2004 versprochen hatte, das Blindengeld in Thüringen auf dem Durchschnitt der anderen Bundesländer zu belassen. Davon könne nach der faktischen Abschaffung des Blindengeldes im Freistaat längst keine

Rede mehr sein. Stattdessen bekommen die Betroffenen Blindenhilfe - eher ein Almosen als eine einkommensunabhängige Unterstützung. Der Gesetzentwurf der Oppositionsfraktionen sieht vor, dass jeder der Blinden und Sehbehinderten 320 Euro als Nachteilsausgleich im Monat erhält.

Sozialminister Zeh ließ diese Argumentation offenbar unbeeindruckt: Er sprach sich im Januar-Plenum gegen die Wiedereinführung des Blindengeldes aus. Begründung: Wegen der immensen Schulden des Freistaats gebe es keinerlei Spielräume für außerplanmäßige soziale Wohltaten. Schließlich gebe es für Blinde, die ihr Leben nicht aus eigener Kraft meistern können, die neu eingeführte Blindenhilfe, so der Sozialminister. Um sich im Alltag zurechtfinden zu können, benötigen blinde und sehbehinderte Menschen jedoch sehr spezielle Ge-

rätschaften, wie z. B. sprechende Elektrogeräte, Uhren mit tastbaren Zifferblättern und spezielle Software für Arbeiten am Computer. Darüber hinaus sind viele Aktivitäten im Alltag, insbesondere auch im Rahmen der Freizeitgestaltung, nur mit Hilfe von Assistenz angemessen zu bewältigen. Nach der zurzeit geltenden Rechtslage müssen nun die Betroffenen ihr Einkommen und Vermögen weitestgehend verbrauchen, um damit einen finanziellen Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile zu erreichen.

Nach wie vor steht der Thüringer Blinden- und Sehbehindertenverband zu seiner Ankündigung, ein Volksbegehren für die Wiedereinführung des Blindengeldes anstrengen zu wollen.

SPD

Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag

Pressestelle

Tel. 0361 - 377 23 65

Fax 0361 - 377 24 17

www.spd-thl.de

Die Landesbeauftragten

Bürgerbeauftragter
des Freistaats Thüringen
Tel. 0361 - 377 1870
Fax 0361 - 377 1872
e-mail
buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Landesbeauftragte für die
Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR

Tel. 0361 - 377 1951
Fax 0361 - 377 1952
e-mail
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Thüringer Landesbeauftragte
für den Datenschutz

Tel. 0361 - 377 1900
Fax 0361 - 377 1904
e-mail
poststelle@datenschutz.thue-
ringen.de
www.datenschutz.thueringen.de

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint
zukünftig monatlich in Form
eines newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei so-
wohl über den Postweg als
auch über E-mail (im PDF-Da-
tei Format) möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier
bestellen möchten, schreiben
Sie uns eine E-mail:
pressestelle@landtag.thue-
ringen.de

oder rufen Sie uns an
Telefon 0361 37 72006



Der Bürgerbeauftragte

Tätigkeitsbericht für das Jahr 2006

2006 wurden dem Bürgerbeauf-
tragten insgesamt 921 Bürgeran-
liegen vorgetragen, davon allein
246 Anliegen (28 %) aus dem
Bereich Arbeit, Soziales und Ge-
sundheit.

Nach wie vor waren Probleme
mit Arbeitsgemeinschaften SGB
II, Fragen zum Rentenrecht, zur
Sozialhilfe und zur Behinderten-
hilfe neben der Problematik der
Rehabilitierung/Wiedergutmachung
die Schwerpunkte inner-
halb dieses Sachgebietes.

Mit 14 % (132 Anliegen) ist der
Bereich der Kommunalen Ange-
legenheiten am zweitstärksten
vertreten.

Wiederum knapp 2/3 der An-
liegen gingen auf Fragen zum
Kommunalabgabenrecht, dabei
insbesondere zu Abwasser- und
Straßenausbaubeiträgen zurück.
Der Praxis der Vorjahre folgend
hat der Bürgerbeauftragte min-
destens einmal im Jahr in allen
Landkreisen und kreisfreien Städ-
ten Thüringens einen Sprechtag
abgehalten.

Hinzu kommen 35 Sprechtag
an seinem Dienstsitz in Erfurt. Die
alljährliche Lesersprechstunde
des Bürgerbeauftragten, die im
November des letzten Jahres bei
der Ostthüringer Zeitung durch-
geführt wurde, fand ebenfalls
große Resonanz, sodass inner-
halb der dafür vorgesehenen 2
Stunden 49 Anrufe eingegangen
sind, aus denen sich wiederum 44
Anliegen ergeben haben.

Zum mittlerweile sechsten Mal
seit Arbeitsaufnahme des Bür-
gerbeauftragten wurde im letz-
ten Jahr kurz vor Weihnachten für
die Hörer von MDR 1/Radio Thü-
ringen eine Hörsprechstunde
durchgeführt.

31 Bürger nutzten die Möglichkeit
auf diesem Wege Kontakt mit
dem Bürgerbeauftragten aufzu-
nehmen. Im Berichtsjahr wurden
69 % aller Anliegen mündlich an
den Bürgerbeauftragten heran-
getragen. Die Möglichkeit, dies zu
tun, wurde interessierten Bürgern
in hohem Maße geboten und
auch von ihnen genutzt.

Das Amt des Bürgerbeauf-
tragten ist zwar zurzeit – wegen des
turnusgemäßen Ausscheidens
des bisherigen Amtsinhabers,
Dr. Karsten Wilsdorf, bis zur Wahl
eines Nachfolgers – unbesetzt;
seine Mitarbeiterinnen und Mit-
arbeiter stehen den Bürgerinnen
und Bürgern jedoch als Ansprech-
partner weiterhin zur Verfügung.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Ehrenpension für politisch Verfolgte

Ende Januar verständigten sich
die Regierungsfractionen im
Bundestag darauf, ehemalige po-
litische Gefangene der SBZ/DDR,
die mehr als 6 Monate inhaftiert
waren, mit einer monatlichen
Zahlung von 250,- Euro zu ehren.
Damit soll die langjährige Forde-
rung der Verfolgten nach einer
Ehrenpension befriedigt werden.
Massiv kritisiert wird aber, dass
die Leistung nur bei Bedürftigkeit
gezahlt werden soll, womit der
eigentliche Charakter einer Ent-
schädigung verloren geht.

Die Entschädigung nur auf die
Opfer strafrechtlicher Maßnah-
men zu beschränken, schließt die
Betroffenen der nichtstrafrecht-
lichen politischen Verfolgung in
der SBZ/DDR aus. Dabei hat das
MfS diese Methoden selbst als
gleichwertig zur politischen Haft
betrachtet und zur „Liquidierung
feindlicher Kräfte“ eingesetzt. Die
Vielzahl verfolgter Schüler, der aus
dem Beruf Gedrängten und im
Privatleben Verfolgten oder von
Zwangsaussiedlung Betroffenen
zeugen von dieser Strategie.

Bereits Ende 2006 hat die Thü-
ringer Landesbeauftragte ein „Ent-
schädigungsleistungsgesetz“
vorgeschlagen, das den Regie-
rungsfraktionen des Deutschen
Bundestages zugeleitet wurde.
Neben der Berücksichtigung der
genannten Gruppen sollen auch
alle Antragsfristen der Rehabili-
tierungsgesetze gestrichen wer-
den, die Anerkennung von Ge-
sundheitsschäden aus politischer
Verfolgung erleichtert werden
und den zur Zwangsarbeit in
die Sowjetunion verschleppten
Frauen muss wirksam geholfen
werden.

„Angesichts enormer Leistungen
für ehemals systemtragende Bi-
ographien in den letzten Jahren
hat sich die soziale Schere zuun-
gunsten der Verfolgten in den
letzten Jahren weiter geöffnet.
Dieser Zustand ist auf die Dauer
schädlich für die Demokratie“
begründete die Landesbeauftragte
ihren Vorschlag.

Sie hofft, dass in der Diskussion
um den Gesetzentwurf ihre Vor-
schläge, die von anderen Landes-
beauftragten und vielen Vertre-
tern der Opferverbände geteilt
werden, mit erwogen werden.
„Dadurch könnte der Gedanke
einer Ehrung und einer angemes-
senen Entschädigung endlich
Rechnung getragen werden.“
sagte sie.

Der Datenschutz- beauftragte

Daten sicher löschen

Mit zunehmender Ausstattung
der Verwaltung mit Informa-
tionstechnik, wie z.B. PC, Note-
book, Kopierer, Drucker, Scanner
oder Faxgeräte, Telefone und
Handys, nimmt auch die Anzahl
der Geräte zu, die über elektro-
nische Datenträger verfügen.
Personenbezogene Daten, die
auf diesen Geräten gespeichert
sind, müssen vor einem Verkauf
oder der Entsorgung restlos ge-
löscht werden. Ansonsten be-
steht die Gefahr, dass Dritte un-
befugt Zugang zu diesen Daten
bekommen.

Nach dem Thüringer Daten-
schutzgesetz ist jede öffentliche
Stelle verpflichtet, durch geeig-
nete Maßnahmen eine physische
bzw. endgültige und vollständige
Löschung sicherzustellen.

Ein einfacher „Löschbefehl“ oder
das Formatieren reicht dafür
nicht aus, da auf diesem Weg
lediglich die Adressierung, aber
nicht die Speicherinhalte ver-
nichtet werden.

Erst ein mehrfaches Überschrei-
ben jedes einzelnen Speicher-
platzes oder eine mechanische
oder thermische Zerstörung des
Speichermediums tragen den
datenschutzrechtlichen Anfor-
derungen an eine ordnungsge-
mäßige Löschung Rechnung.

Es gibt heute bereits eine Viel-
zahl autorisierter Programme,
mit denen Festplatten sicher
gelöscht werden können. Darü-
ber hinaus bieten auch verschie-
dene Hersteller für ihre Geräte
Sicherheitstools zur physischen
Löschung von Daten an.

Wegen der erheblichen Bedeu-
tung dieser Thematik hat sich
auch der Arbeitskreis „Tech-
nische und organisatorische Da-
tenschutzfragen“ der Konferenz
der Datenschutzbeauftragten
(DSB) des Bundes und der Länder
intensiv damit befasst.

Ergebnis ist eine Orientierungs-
hilfe zur datenschutzkonformen
Löschung magnetischer Daten-
träger. Darin findet man auch
viele hilfreiche Tipps, worauf
man beim Kauf solcher Lös-
ch-Software achten sollte.

Abrufbar sind diese Orientie-
rungshilfe sowie Hinweise zur
datenschutzgerechten Entsor-
gung sonstiger Speichermedien
auf der Internetseite des Thü-
ringer Landesbeauftragten für den
Datenschutz:

www.datenschutz.thueringen.
de.